

Die Volksstimme
erscheint täglich abends mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Verantwortlicher Redakteur
mit Ausnahme der Beilage
Neue Welt:
Hr. Bahle, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.

Volksstimme

Prämienzahlbare
Abonnementpreis:
Bierteljähr. inkl. Bringerlohn
2 M. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
Der Kreuzband in Deutschland
monatl. 1 Exempl. 1,70 M.
2 Exempl. 2,90 M.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 M., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 M.
inkl. Bestellgeld.
Einzeln Nummern 5 Pf., mit
Neue Welt 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242.
Inserionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 203. Magdeburg, Dienstag, den 31. August 1897. 8. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Mittelstand und Proletariat.

Unermüdet sind unsere bürgerlichen Volkswirtschaftler der Schattierungen in dem Bestreben, den Nachweis zu führen, daß der Mittelstand nicht schwindet, das selbständige Handwerkertum nicht zu Grunde geht und die Verelendung der Massen eine Marx'sche „Fiktion“ ist. Die Einkommensteuerstatistiken von Preußen und anderen deutschen Ländern werden zum Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptungen herangezogen. Aber wenn der Mittelstand nicht ab-, sondern zunimmt, warum dies ängstliche Suchen nach Beweisen? Wenn er den Kampf gegen das Großkapital siegreich besteht, warum ihn durch besondere gesetzgeberische Maßnahmen, wie die Handwerker-Novelle, als Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb schützen? Warum der Krieg gegen die Konsumvereine? Warum das Gesetz nach dem Befähigungsnachweis? Das läßt nicht gerade darauf schließen, daß der Mittelstand auf so sicheren Füßen steht, wie behauptet wird. Jeder klaren Einsicht in die sozialen Verhältnisse bar, schreit der kleinbürgerliche Mittelstand, wie die Agrarier, über seine Notlage und verlangt vom Staat alle mögliche Hilfe, um ihn vor seinem in den wirtschaftlichen Umständen notwendig eintretenden Untergang zu retten. Und er rüdet am Regierungskabinett keine tauben Ohren; freilich nur so weit, wie es dem kapitalistischen Klassenstaat überhaupt möglich ist, ohne seinen Charakter zu verleugnen. Mit kleinen Mitteln läßt man die verfallenden Mittelschichten über Wasser zu halten, wohl wissend, daß gegen die nivellierende Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise kein Kraut gewachsen ist. Aber man sieht in dem Kleinbürgertum als Anfangsel der Bourgeoisie nicht minder einen Schutzwall gegen die Sozialdemokratie als in dem „antikollektivistischen“ Bauernschädel^{*)}, lehrt doch die Erfahrung, daß die proletarisierten Kleinbürger in das sozialistische Lager abzuweichen. Aber alle gesetzgeberischen Maßnahmen verdrängen den Untergang des Mittelstandes nicht hintanzulassen.

In Preußen hat nun die Zahl derjenigen, die ein Einkommen von 900 bis 3000 Mark versteuern, von 892/93 auf 1896/97 um 0,32 Prozent zugenommen; und wie der Extraktende nach einem Strohhalme greift, so sehen die Statistiker der „besten aller Welten“ mit dieser, fast wie wenig tröstlichen Zahl in der gesamten Ordnungstabelle haufieren. Sogar in wissenschaftlichen Zeitschriften werden dergleichen Zahlen zur Widerlegung unserer Ansichten angeführt. So knüpfen die Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik an die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik Hamburgs die Bemerkung, daß die Zunahme der mittleren Einkommen die Marx'sche Theorie von der Verelendung der Massen als falsch erwiesen habe. Gemach, ihr Herren! Das wichtigste soziale Merkmal des Mittelstandes ist seine wirtschaftliche Selbständigkeit; ann erst kommt die Höhe des Einkommens in Betracht. Die Zahl der Selbständigen ist aber nach der Berufszählung zurückgegangen. Im Jahre 1882 kamen auf je 1000: Selbständige 344, 1895 nur 249. Und die Zahl der selbständigen Handwerker ist nach den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik seit 1882 absolut um 5 Prozent, im Verhältnis zur gestiegenen Bevölkerung um 19,2 Prozent gesunken. Uebrigens zeigt sich die Zunahme der mittleren Einkommen vorzugsweise in den Städten, dann in den stark mit Industrie durchsetzten Landgebieten. In ersteren bildet aber den wichtigsten Ausgabeposten die Wohnungsmiete, welche ständig im Preiswert gestiegenen Einkommen ein höherer Gebrauchswert nicht beizumessen ist. In Hamburg z. B. betrug der der niedrigsten Einkommensklasse der Prozentsatz der Miete 1868: 13,77 Prozent des Einkommens und stieg 1891 auf 24,74 Prozent. In der höchsten Einkommensklasse dagegen ging der Prozentsatz von 3,72 auf 3,05 zurück.

Trotz aller statistischen Schönfärberei geht der Mittelstand seinem Ruin unrettbar entgegen. In seiner Klassenbeschränktheit sieht er aber nicht in der wirtschaftlichen Entwicklung, die auf eine Umgestaltung unserer gesamten Produktionsweise hindeutet, die Ursachen seines Niederganges, sondern — man lache nicht! — in den gesteigerten Anforderungen, welche die soziale Gesetzgebung an die Arbeitgeber stellt. Diesen Gedanken spricht der Bericht der hiesigen Gewerbekammer — Mai 1896 — aus und hinzu, es müsse in den Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Volksklasse ein ruhigeres Tempo sein; hingegen müßten die berechtigten Interessen der

Arbeitgeber mehr Berücksichtigung erfahren. Auch die beste Sache könne übertrieben werden und es sei an der Zeit, zu prüfen, wo die „wirtschaftlich Schwachen“ in der That zu suchen seien. Die Erhaltung eines tüchtigen leistungsfähigen Handwerkerstandes sei aus sozialen Rücksichten eine Notwendigkeit.

Bedingt die kapitalistische Produktionsweise auf der einen Seite den Untergang der Mittelschichten, so auf der anderen die Verelendung großer Massen des Proletariats. Nach der im Jahre 1895 aufgenommenen Zählung der Arbeitslosen waren am 14. Juni 1897 604 und am 2. Dezember 553 640 Menschen in Deutschland beschäftigungslos, im Durchschnitt also 375 322. Nimmt man diese letztere Zahl als mittlere Jahresarbeitslosigkeit an und berechnet den Ausfall an Lohn nur auf 2 Mark pro Kopf, so ergibt sich eine Summe von 267 Millionen Mark, die das arbeitswillige Proletariat unter der Herrschaft des Kapitalismus jährlich einbüßt. Und dabei bleibt zu berücksichtigen, daß die Zählung in einem Jahre wirtschaftlichen Aufschwunges vorgenommen wurde, zu anderen Zeiten die Zahl der Beschäftigungslosen bedeutend größer ist. Welches grenzenlose Elend hat ein solch enormer Ausfall an Einnahme für die arbeitende Klasse notwendig im Gefolge. Nur wer das werthtätige Volk in seinen Behausungen aufgesucht hat — ob in den Höhlen der Großstadt oder in den häuslichen Hütten auf dem Lande — nur der weiß, was für Leiden es heute zu ertragen hat, ohne jede Hoffnung, sich aus seiner verzweiflungsvollen Lage zu befreien. Und auf der anderen Seite ein kolossales Wachstum des Reichthums. Der aus den Arbeitern herausgeschlagene Mehrwert beträgt in Deutschland nach Professor Hertners Schätzung etwa 2 Milliarden jährlich. Und um die ungeheuren Reichthümer aufzuhäufen, muß das Volk von früh bis spät im Schweiß seines Angesichts meist für Hungerlöhne schanzeln und froh sein, wenn es nicht gänzlich arbeitslos ist. (Volksmacht)

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

Die Augen auf! In der Antisemitenpresse lesen wir: „Die Schweinepreise sind bedeutend gestiegen, es werden dieselben die Schlachtungen vielerorts beschränkt, was zur Folge hatte, daß nach den Fabriken mehr Nachfrage herrschte. In Dauerwurst war floter Abgang, es werden die Lager darin rechtzeitig geräumt sein; auch in den frischen weniger haltbaren Fabriken war das Geschäft besser als sonst in dieser Jahreszeit.“ Welche unbändige Freude lügt aus diesen Zeilen. Kein Wort der Kritik über die Ursachen der Preissteigerung; kein Wort darüber, daß die Verurtheilung der Armen zu Leiden haben. Die von der Junker- und Antisemitenhype betriebene Absperrung unserer Landesgrenzen trägt herrliche Früchte. Die Augen auf, deutsches Volk! —

Das Stullenpapier auf eine Hede geworfen. Der Sozialdemokrat Leopold in Halle hat sein Stullenpapier, das aus der Hälfte einer Volksblattnummer bestand, auf die Hede geworfen, mit welcher die Dachpappfabrik von Bürgen u. Hoffmann zu Bischofshagen umgeben ist. Jetzt hat Leopold eine Anklage wegen Verletzung der §§ 10 und 11 des alten preussischen Preßgesetzes erhalten, weil er Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubnis öffentlich ausgehört habe. Am 4. September muß der Uebeltäter vor dem Schöffengericht. Er herrjeses, wir's Blieschen rufen.

Von den 26 Städten mit über 80 000 Einwohnern haben 24 der Anregung des Stuttgarter Oberbürgermeisters zur Kollektivbeteiligung an der **Pariser Weltausstellung im Jahre 1900** definitiv zugestimmt. Unter dem Vorsitz des Stuttgarter Oberbürgermeisters findet am 12. September in Karlsruhe die erste Konferenz der Stadtverordnungen in dieser Angelegenheit statt. Auch der Reichskommissar für die Weltausstellung, Geheimrat Richter-Berlin, wird an dieser Konferenz teilnehmen.

Aus allen betroffenen Teilen Sachsens liegen jetzt zahlenmäßige Nachrichten der Behörden und Abschätzungs- und Untersuchungs-Kommissionen über den **durch das Hochwasser angerichteten Schaden** vor. Danach beläuft sich der Schaden von Privaten und Gemeinden auf 10 442 844 Mark. Unter Zurechnung des Schadens an Staatsvermögen ergibt sich als Gesamt-Schadenssumme 16 295 000 Mark. —

Der **bayerische Landtag** ist auf den 28. September einberufen worden. Er wird sich zuerst mit der Budgetberatung beschäftigen. —

Eine **Schätzung der diesjährigen Ernte** veröffentlicht, wie alljährlich um diese Zeit, das ungarische Ackerbauministerium. Nach derselben wird der Gesamt-ertrag des Weizens auf 573 760 000 Meter-Centner berechnet. Die Vorräte aus dem Jahre 1896 belaufen sich nach der Schätzung auf annähernd 33 bis 45 Millionen Meter-Centner. Die Winterernte wird in dem Berichte als außerordentlich schwach bezeichnet. Den Agrariern gefällt

dies Ergebnis recht wohl; mäßige Ernte, hohe Kornpreise, das ist ihnen ebenso angenehm wie es für die Massen des betreffenden Volkes verderblich ist. —

Der **reiche Eitelkeitsverbrecher** Freiherr v. Eichhorn, der vor eilichen Tagen in Dresden zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist gegen eine Kaution von 20 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden ist. Und unser Genosse Schulze wurde in derselben Stadt in Ketten gefesselt transportiert. —

Oftern 1898 reist **der Kaiser** nach Jerusalem. —
Chronik der Majestätsbeleidigungen.
Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Strafkammer in Bromberg den Restaurateur Seiser in der Vorstadt Schleusenau zu sechsmonatlichem Gefängnis. Der Verurtheilte wurde sofort verhaftet; seine eigene Ehefrau hatte ihn denunziert. Entsetzlich! —

Bestrafung wegen Störung der Sonntagsstimmung.

In der Umgegend von Nienhof (Hannover) ist an einem Sonntag vor und nach dem Gottesdienst ein **sozialdemokratisches Flugblatt** verteilt worden. Die Verteiler wurden vom Schöffengericht und der Strafkammer von der Anklage der Uebertretung der Sabbathordnung freigesprochen. Das Kammergericht aber hat die Angelegenheit an das Landgericht zu Hannover zurückverwiesen und dieses die Verteiler zu einer Geldstrafe verurteilt auf Grund der Ausführung, daß die Bewohner sämtlicher in Frage kommender Ortschaften sich dahin geäußert hätten, sie hätten das Austragen und Aufdrängen einer solchen Schrift, die durch ihren Titel und die Personen der Austräger sich sofort als sozialdemokratischen Inhalts kundgethan hätte, besonders deswegen, weil es gerade am Sonntag geschah, als eine **Störung ihrer Sonntagsstimmung** um so mehr empfunden, da sie der sozialdemokratischen Partei nicht angehörten. Das Landgericht hat dann bei den Verteilern das Vorhandensein eines Bewußtseins gefolgert, daß bei vielen der nicht ihrer Richtung angehörigen Leute die geschehene agitatorische Art der Verbreitung der Schrift, die Nötigung, von ihr Kenntnis zu nehmen, schon an gewöhnlichen Tagen Aerger und Unwillen erregen könne, am Sonntag aber bei religiösen Naturen eine Verletzung des religiösen Gefühls und eine Störung der Sonntagsruhe verursachen müsse. — Natürlich handelt es sich in diesem Falle nicht einmal um eine Verteilung an öffentlichen Orten, sondern um eine Verteilung von Haus zu Haus, welche keiner preßgesetzlichen oder gewerbepolizeilichen Beschränkung unterliegt.

Auch die unglaublichsten Auslegungen der Gesetze werden den Fortschritt der Sozialdemokratie nicht anhalten. Wohl aber werden solche Richterprüche die Achtung vor Gesetz und Rechtspflege kaum vermehren. —

Oesterreich-Ungarn.

Protest gegen die Lebensmittel-Verteuerung.
Aus Bukarest wird der Frankfurter Zeitung berichtet: Die sozialdemokratische Partei veröffentlicht einen in kräftigen Worten gehaltenen Aufruf gegen die hier herrschende Lebensmittel-Verteuerung, insofern deren die meisten Arbeiter kein Brot hätten. Der Magistrat verpasse an einem Abend Hunderttausende für Kaiserfeste, während das darbenende Volk die Kosten der Parade tragen müsse. Dem leichsinnigen Magistrat sei ein nachdrückliches Halt zuzurufen. —

Partei-Nachrichten.

Reichstagskandidaturen. Eine Parteikonferenz des Wahlkreises Calbe-Nöhrden stellte einstimmig den Genossen Albert Schmidt-Magdeburg als Kandidat für die nächste Reichstagswahl auf. Schmidt, welcher sich zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt hat, ist sogleich in die Agitation eingetreten. Nachdem er in Quedlinburg den Verhandlungen der Kreisversammlung beigewohnt und im allgemeinen seine Stellung im Kreise zergliedert, folgten Sonnabend und Sonntag Versammlungen in Schönebeck und Staßfurt. Während die Bewegung in Schönebeck noch viel zu wünschen übrig läßt, die Genossen sich aber verpflichteten, den alten Schönbrian zu befreien, sieht es in Staßfurt prächtig aus. Die Arbeiter besuchten dort pünktlich zur festgesetzten Zeit die Ver-

*) Ein Ausdruck, den Dr. A. Schäffle in einer Schrift gegen Sozialismus gebraucht. Schäffle vertritt die Ansicht, der Bauer sei solcher Eigentumsfanatiker, und hänge so am Acker, daß die höchsten Bestrebungen auf Vergeßlichkeit der Landwirtschaftlichen Produktionsmittel bei ihm niemals Anfall finden würden.

sammlung und fördern aus der Stadt und Umgegend herbei. Wir können nur wünschen, daß dieser Eifer nicht erlahmt. Nächsten Sonnabend und Sonntag finden Versammlungen in der Gatzigstraße statt. Zunächst ist Thale und Duedelburg auszuweisen. Weitere Versammlungen sind in Vorbereitung. Die Genossen planen: die Zeit bis zur nächsten Reichstagswahl gehörig auszunutzen und überall, wo die Möglichkeit gegeben, Versammlungen einzuberufen. Genosse Schmidt hat sich den Vertrauensleuten, soweit seine geschäftliche Thätigkeit es erlaubt, völlig zur Verfügung gestellt. Die Gegner sind über die angekündigte Agitation ungehalten und reizen ihre Glossen. Vast diese Leute reden und schreiben was sie wollen; nur wundert drauf und dran. Der Wahlkreis Calbe-Aischersleben wird zurückerobert, wenn jeder Genosse auf dem Plage ist und schon heute der Wahlkreis bis in das entlegenste Dorf organisiert wird.

Partei-Konferenz (Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben). Am Sonntag, den 6. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in Othenstedt, im Saale des Herrn Hirschfeld eine Parteikonferenz statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Die Reichstagskandidatur. 2. Verschiedenes. Zahlreiche Erscheinungen der Genossen sieht entgegen der Vertrauensmann: Gustav Braune.

Sächsisches. In Grimnitzschau wurde eine Versammlung verboten, in der Frau Greifenberg referieren sollte über: die Arbeiterin in der Industrie und in der Familie. Das Verbot erfolgte, da nach der Auskunft, die man über die Referentin herbeigezogen habe, in Verbindung mit der Art des gewählten Themas angenommen werden müsse, daß der Zweck der Versammlung sei, zu Gesetzesübertritten aufzufordern oder dazu neigen zu machen. Die Auskunft hat man herbeigezogen? Et Herrjeses, die Sachen sprechen doch sonst das rezepte Deutsch! — Doch Spaß beiseite! Die Stadtpolizeibehörde von Grimnitzschau hat vielleicht sagen wollen, die Begründung des Verbots sei an den Haaren herbeigezogen worden, was freilich auch kein sächsisches Deutsch wäre, aber sachlich vollkommen zuträfe.

Für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen sprach sich in Blumenau in Schlesien eine Versammlung aus. — In Herloda wurde in einer Versammlung eine Resolution gegen die Beteiligung an den Wahlen abgelehnt und eine Resolution beschlossen, die sich bedingt für eine Beteiligung ausspricht. — Gegen die Wahlbeteiligung erklärte sich eine Versammlung in Fürstentwale a. S. — Für Aufhebung des Adiker Beschlusses erklärte sich nach einem Referate Spannkuch in Hamburg eine Versammlung.

Fünf Prozesse sind gegenwärtig gegen das Volksblatt für Harburg anhängig. Auch ein solcher wegen Kaiserbeleidigung.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Das Ablehnen im Buchdrucker-Verbande. Ueber die am Donnerstag erfolgte Abstimmung über die zwei Fragen: Halten Sie die auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Pfingsttagungsreferates entwickelte Thätigkeit der Jagen. Opposition gegen das Verbandsinteresse gerichtet? Wünschen Sie, daß die Verbandsleitung die Verbandsführer ausschließt? liegen einige Resultate vor. Es lautet:

	Frage 1		Frage 2	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Berlin	2406	1201	2221	1417
Leipzig	1133	589	1110	612
München	471	277	433	310
Hamburg	640	171	573	233
Gera (Bezirk)	65	27	59	42

Wenn, wie es wahrscheinlich ist, sich in ganz Deutschland ein ähnliches Abstimmungsverhältnis ergibt, würde es die Opposition ungefähr auf 6000 Stimmen bringen. Eine heftige „Handvoll Querulose!“ Mit dem einstimmigen Vertrauensvotum für den Centralvorstand war es

— Eifrig! Da die 6000 Buchdrucker ihre Beiträge weiter extrahieren, wird erst nach den weiteren Maßnahmen des Verbandsvorstandes entschieden werden. Die Opposition wäre thöricht, wollte sie für eine Organisation steuern, die ihren Mitgliedern in der willkürlichsten Form langerworbene Rechte raubt.

Im Correspondent, dem Organ der deutschen Buchdrucker, lesen wir: „Gerade in Magdeburg macht sich in unschöner Weise (durch die Spitzen der Partei hervorgerufen) in schamloser und gehässiger Weise ein Parteifanatismus und „Terrorismus“ breit“ wie nirgendwo. Der diesen (unzweifelhaft selbst für Gasse beweiskräftigen) Anspruch that, ist heute noch ein hochpositioneller Magdeburger Buchdrucker und Freund des Herrn Gasse, damit ohne weiteres auch der E. B. und vielleicht der W. B. Bedinglich die Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betreffenden hindert uns, denselben namhaft zu machen.“ Wir verzielen auf den Namen dieses hochpositionellen Buchdruckers, der vielleicht so liebenswürdig ist, für seine Behauptungen nähere Beweise zu erbringen. Eine wirtschaftliche Schädigung hat dieser Mann sicherlich nicht zu befürchten. Wer in so frecher Weise die „Spitzen der Partei“ herunterzerren, muß doch als Schädling jedes braven Zeitungsverlegers oder Druckereibesizers gelten.

Tages-Chronik.

Magdeburg, den 31. August 1897.

Der Leipziger Arbeiterfreier beschäftigt die Magdeburgerische Zeitung. Wie bei jeder Lohnbewegung so bemüht sich das Fabrikantenblatt auch hier wieder, alles zu Ungunsten der Arbeiter zu schildern. Der Streit sei, in der Hauptsache zu Ungunsten der Streikenden entschieden und schließe sich „einem unruhigen Ende“ entgegen. Auch thut das Blatt so, als ob es ein besseres Herz für die Arbeiter habe, denn es schreibt, die Arbeiter hätten sich selbst um einen regelmäßig fließenden Lohn gebracht. Wie heuchlerisch! Am Schlusse heißt es: „Diese Zahl (noch fehlender Arbeitswillige — es sollen noch 300 fehlen; Red. d. B.) dürfte sich durch Zugang von außen und durch Arbeitsaufnahme seitens hiesiger Mauerer, die das mühsame Streiken jätt haben, bald ergeben.“ — Bisher haben die Leipziger Meister noch keinen Arbeitswilligen aus Magdeburg und Umgegend erhalten und das wird auch ferner so bleiben. Im übrigen ist ja die Maßregelnliebe der Magdeburgerischen Zeitung eine demüt heruntergekommene, daß kein Arbeiter all das glauben wird, was sie in Sachen der Lohnbewegungen schreibt.

Die Ausschüsse der Harmonieclubvereine von Magdeburg und Umgegend haben sich in ihrer letzten Sitzung mit Artikeln der Vollstimme befaßt und sie als „verleumderische“ bezeichnet. Sie wurden als nicht sachlich und unwohl zurückgewiesen und weiter wurde es für bezeichnend erklärt, daß sich so viele Arbeiter Magdeburgs von den sozialdemokratischen Agitatoren und Blättern beherrschen lassen, heißt es in einem Berichte. Die Thatsache, daß „viele“ Arbeiter sich von uns „beherrschen“ lassen, spricht gegen die ganze hiesig-bürokratische Widerlegungsart. Die vielen Arbeiter haben doch sicher auch gesunde Sinne. Oder meinen die Worthelden der Kassenervereine vielleicht, den Verband in Erbpacht genommen zu haben?

In der Sitzung selbständiger Musikdirektoren grünte man sich jetzt darüber, daß am Denkmalenthüllungstage Privatmusikanten aus Anhalt beim Aufzuge nicht im dunklen Anzuge einhergehen dürften. Das ist wahrlich sehr jauchend! Die Zünfte würden auf ihn, in Zukunft den armen, ja leicht bei solchen Musikern auf Kosten der Zünfte zu besparen. Oder meinen die Herren, es sei den armen Musikern eine Kleinigkeit, je nach Wunsch der Direktoren sich zu kleiden?

Das der Central-Klatsch-Anzeiger alles zu berichten weiß: Am Sonnabend und Montag waren von Seiten der Feuerwehr ein Oberzeigermann und sechs Feuerwachen damit beschäftigt, die auf dem Hauptplatz und Altes Markt hoch angeordneten Demonstrationsgegenstände wieder zu entfernen. So eine Meldung ist jenen Klatsch wichtiger als eine Notiz über hier ausgebrochene Streiks oder über das Benehmen der Behörde gegen die Arbeiterpresse.

Der minderwertige Literaturzeiger liebt, ladet den Schein geistiger Arbeit auf sich. In jener minderwertigen literarischen Wäre zählen Blätter wie Central- oder General-Anzeiger oder Schenker. Wenn berufende Arbeiter und Frauen solche Zeiger unterstützen, dann tragen sie in ihrem Leichnam zur Beschädigung ihres persönlichen Ansehens bei. Auch unterstützen sie dann das Benehmen der Redaktionen, das arbeitende Volk hinter das Licht zu führen, es geübt in engen Grenzen zu halten, damit es nicht über den Rahmen hinauswachsen würde. Jeder Grobgehirn, der jenen Klatsch und Zeitungsblätter zugewandt wird, ist Munition für die Feinde der Arbeiterbewegung. Mit dieser Munition bekämpfen sie das Benehmen des armen Volkes, seine Lage zu verbessern, sich gegen Behinderungen und Enttäuschungen zu schützen.

Wer den Feinden seiner Interessen Mittel in die Hände giebt, ist nicht mehr denn gewisslos. So sollten Arbeiter nicht handeln, die in Not und Sorgen ihr Dasein fristen. Sie sollten nur die Arbeiterpresse unterstützen, damit diese mehr und mehr Mittel erhält zur Kampfe gegen die Volksbedrückung und Entrechtung. Wir erwarten, daß auch bei diesem Monatswechsel die Zahl unserer Abonnenten steigt, daß also die Arbeiter und Arbeiterinnen die Unterstützung der gegnerischen, arbeitserfindlichen Zeitungen unterlassen.

Für Flottenpläne machen Zeitungen vom Schläge der Amtlichen Anzeiger fortgesetzt. Die Berliner Flottenbureau arbeitet also recht flott. Der Stoff zur Agitation ist allerdings sehr knapp, so daß ein und dieselbe Behauptung in allen möglichen Schreibarten sich durch jeden einzelnen Artikel zieht. Braucht man sich nicht zu wundern, daß die Leser solche mit abgedroschenen Redensarten gefüllte Artikel gar nicht mehr beachten? — Der Stadtverein für Innere Mission will ein „Kasse Wilhelm-Gaus“ bauen. Da er aber kein Geld hat, bittet er in der Magdeburgerischen Zeitung „freundlich um eine Gabe“. Das Gaus soll eine „Pflanzstätte“ igtids-stiftlichen und patriotischen Lebens“ sein. Wie erzählt wird, soll das Haus ähnlich dem Strubehaus in Budau werden. Da haben große Persönlichkeiten wieder einmal Gelegenheit, ihren Namen in Zeitungen zu lesen und sich herborzuthun.

Richard Langensiepen, Maschinenfabrik, Duckau. Am 25. August mußten die gesamten Arbeiter genannter Fabrik einen halben Tag feiern. Eine Woche vorher gingen 2 Oefen in der Fabrik umher. Auf diese schrieben die Arbeiter, ob sie feiern oder arbeiten wollten. Es erklärten nur 5 bis 10 Prozent der Arbeiter sich für ein freiwilliges Feiern. Als am 28. August ein Arbeiter die Arbeit in genannter Fabrik aufgab und Entschädigung verlangte, wurde ihm eröffnet: da er nicht gearbeitet habe, könne er dafür nichts verlangen. Also hat die Arbeiterschaft an genanntem Tage, an dem bei Bourgeois Wein in Strömen floß, patriotisch hungern müssen. Wie derlautet, sucht sich jener Arbeiter sein Recht auf Lohnanspruch beim Gewerbegericht.

Die Deutsche Verlagsgesellschaft Magdeburg (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) sendet uns folgende Zellen: An die Redaktion der Vollstimme, hier. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes eruchen wir Sie um Aufnahme folgender Berichtigung: Es ist durchaus unwar, daß unsere Acquisiteure von uns angewiesen sind, die Juden wegen Aufgabe von Inseraten zu „attaquieren“. — Mag sein, daß den Acquisiteuren nicht ausgeben ist, die Juden wegen Aufgabe von Inseraten zu attackieren. Thatsache ist aber, daß die Acquisiteure unter Berufung auf das in der Sachsenschau befindliche Inserat von Friedländer bei Geschäftsleuten jüdischer Konfession vorstellig geworden ist. Wir können Namen nennen, unterlassen es aber für heute. Vielleicht zieht die sich gekränkt führende Verlagsanstalt bei einem Herrengardrobengeschäft am Breitenwege nähere Erkundigungen ein.

Antisemitismoral. Gegen das Bürgerliche Brauhaus in Bissen ist in der Antisemitenpresse seit kurzer Zeit fortgesetzt gehetzt. Diese Hege spitzte sich zu einem regelrechten Boykott zu Selbst das hiesige Antisemitenblatt empfahl den Boykott in aller Form — der Bierkastenankel trinkt kein Pilsener Bier, weil Juden dahinterstecken; so hieß es jüngst. Die schäbigen und geschäftsschädigenden Angriffe konnte natürlich die Firma nicht auf sich sitzen lassen. In großen Inseraten zerstört sie jetzt das antisemitische Lügengewebe und die Antisemitenblätter freuen sich über ihre Gesolge: Firmen in den Not ziehen, wodurch Firmen veranlaßt werden, durch Inserate ihre Ehre zu retten — ist Zeitlag der antisemitischen Verleumderstippe. Sollte sich nicht jeder Geschäftsmann gegen ein derartiges Gebahren auflehnen? —

Dem Scharfrichter Reindel hat der Kaiser zu seiner goldenen Hochzeit eine silberne Medaille berehrt.

Chon wieder ein Feiertag. Am Sedantage bleiben die städtischen Büreaus und Kasern und der Schlachthof nachmittags geschlossen.

Sein künstliches Gebiß vor dem Schlafengehen aus dem Munde zu nehmen vergaß ein Soldat der hiesigen Garnison, der Sohn eines Handwerksmeisters zu Naumburg. Das Gebiß löste sich in der Nacht und setzte sich im Schlaf fest, so daß es nur durch eine schwierige Operation entfernt werden konnte. Der unglückliche Besitzer des Gebisses ist schwer erkrankt.

Rauferei. Die in der Neustadt als berüchtigte „Schläger“ bekannten Former Köhlich und Reimann gerieten in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag an der Kasernenstraße mit einem Schutzmann in Konflikt, der sie wegen ihres Betragens (sie hatten Mädchen geschlagen) zur Rede stellte. Die so zur Rede gestellten stießen beide über den Schutzmann her, und es entspann sich eine regelrechte Schlägerei, in der der Schutzmann den kürzeren zog, weil er beiden an Körperkraft nicht gewachsen war. Hilfe war trotz der Alarm-signale des bedrängten Schutzmanns nicht zur Stelle. Wie wir hören, hat auch der Beamte bei der Rauferei seinen Säbel eingebüßt. Der p. Reimann ist noch in derselben Nacht verhaftet worden.

Victoria-Theater. Gegeben wird heute, Dienstag, „Die Ehre“ (Benefiz für Herrn Steined), Donnerstag, „Mafias“ und „Des Königs Befehl“, Freitag, „Der Löwe des Tages“ und „Das Fest der Handwerker“ (Benefiz für Herrn Ritschner).

Erschossen hat sich, wie ein hiesiges Blatt meldet, am Freitag nachmittags gegen 3 Uhr der Fuß-Artillerist N. von der 3. Kompanie des hiesigen Fuß-Artillerie-Regiments. Derselbe, ein im letzten Jahre dienender Soldat, war als Burche bei dem Leutenant I. abkommandiert und hat sich in der Kaserne mit dem Ne-

Feuilleton.

Die Leute von Hemsloe.

Die Geschichte aus den Scherzen von A. Strindberg; aus dem Schwedischen übersezt von Georg Stürmer.

Nach dem Aufgebot trat in Carlsons Behausen eine heimliche gütliche Veränderung ein und machte sich zu allererst der Madame Flod fühlbar. Sie hatten allerdings noch ihrer Bundesheute bereits von der Verlobung an wie Verheiratete gelebt, doch hatte bei Carlsons bei des Demostheneswert des Eintrages über sich schweben soll, sich, wie immer, den zwingenden Verhältnissen anzupassen verstanden. Nachdem aber jetzt die Gesetze darüber war, was er die Krone hoch und zeigte die... Und hatte nur den Erfolg, daß die Frau, die ihre Sache auch selber war, gleichfalls die Krone zeigen ließ, so oft die Veranlassung dazu gegeben wurde, und so gedeutet am Tage des dritten Aufgebotes die Brautleute auseinander.

Sämtliche Hausvater der Faßel, anwesenden Seite, was zur Kirche gefahren, um das Abendmahl zu empfangen. Sie gewöhnlich, hatte man das kleinste Beet gewählt, was, falls geradert werden sollte, mit so geringer Krone als möglich weiter zu kommen. Man lag daher sehr zusammengedrängt und es war einen Tod mit Lebensmitteln und ein halbes Pfund Butter für den Pastor, ein Pfund Kerzen für den Küster und noch allerlei der Kirchenschatz zum Behufe, Segel und Ruder, Eisen und Schöpfkellen, Schmelz usw. mit sich führen, was es sehr eige zu. Nach Entschluß hatte man sich geschäftlich und sich gegenseitig wieder zugesprochen. Es war es auch auf der See, und keiner wollte rathen, es wäre besser ein kleiner Boot unter den Männern, als ein großes Boot, schwermütig in die Kirche zu gehen. Die Frauen meinten als Brautleute an, es sei in die Nacht der Kirchenschatz einzufahren und... 1. Rele nach Jahr und Tag die Gloden wieder... 2. Rele, war der Kopf beimgelgt. Es war aber das

erste Stuten, und man hatte somit noch reichlich Zeit, vorher ging Madame Flod zuerst mit den Fischen zum Pastor, der noch mit dem Kapteiner beschäftigt war und bei sehr kalter Sonne saßen.

„Gut, das reime ich letztere Gäste, wenn sich einmal die Hemsloe in der Kirche sehen lassen“, lautete sein Gruß, indem er mit dem Zeigefinger den Schaum von dem Kapteiner meinte. Carlsons, der die Fische getragen hatte, wurde hierauf eingeladen, in die Küche zu gehen und dort einen Schluß zu nehmen.

Von hier aus ging man mit den Kerzen zum Küster, wo man ebenfalls ein Glaschen trinken mußte.

Carlson hatte alle wieder auf dem Kirchplatz zusammen, bewundern die Pferde der Großbauern, laien die Grabstätten und beglückwünschte Bekannte; Norman Flod hatte dem Grabe Flods eine kurze Beise ab, während Carlsons ein Stück abwärts blieb. Da konnte und summelte es im Glockenturm, und die ganze Gemeinde drängte sich in die Kirche. Da aber die Hemsloe, seitdem die alte Kirche abgebrochen war, keinen Kirchstuhl mehr hatten, mußten sie stehen bleiben.

Es war eigentlich heiß, und sie schätzten sich so fremd in diesem großen Raum, daß sie sich fortwährend über die aus lauter Verlegenheit schwebenden Gesichter schauten und wie ein Trupp Botschafter auftraten, die am Pranger stehen mußten. Es war 11 Uhr geworden, noch ehe man an den Pfalen gekommen war, bei welchem der Pastor die Krone befragt. Die Jungfrauen hatten wohl schon fünfmal umsonst die Kirche geschaut und bald auf dem einen, bald auf dem anderen Fuße gerast. Die Sonne war die glühende Stunden her, jedoch den Leuten hatte Schweißperlen auf der Stirne prallen; aber sie sahen wie in einem Schmelzbad und konnten sich nicht von der Stelle bewegen, um die Hemsloe Plätze anzuweisen. Carlsons ergriff den Kirchenschatz und schritt nach Nr. 158 an die Uhrzeit der Faßel. Die Orgel spielte eine Melodie und der Kirchengänger räumte den ersten Platz an, der mit Kopf und Schwanz schlangte war, denn

man hofft, es werde sogleich die Predigt folgen. Aber nun kam Vers zwei, Vers drei an die Reihe.

„Wir werden doch nicht im Ernst alle achtzehn Verse singen?“ flüsterte Norman Rundquist zu.

Aber es war bitterer Ernst. Unter der Sakristei-thüre erschien Pastor Nordströms grimmiges Gesicht und blickte trozig und herausfordernd auf die Versammelten, als wolle er die Hemsloe, die er nun wieder einmal unter den Händen hatte, auch gehörig bearbeiten.

Alle achtzehn Verse wurden abgesungen; es war halb zwölf Uhr geworden, als der Pastor die Kanzel bestieg. Man waren auch die Andächtigen so bewegt und würde geworden, daß sie die Köpfe sinken ließen und einschließen.

Lang dauerte ihr Schlummer jedoch nicht, denn — eins, zwei, drei! — begann der Pfarrer so sichtlich zu donnern, daß die Schläfer erschreckt aufstuhren und jeder seinen Nachbar frag, wo es brenne.

Carlson und die Bäuerin waren so weit nach vorn gedrängt worden, daß an einen Rückzug nach der Thüre, ohne großes Aufsehen zu erregen, nicht zu denken war. Der Bäuerin standen die Thränen in den Augen, sie konnte vor Ermüdung sich kaum mehr auf den Beinen halten, und die engen durchdrängten Schöße drückten sie immer mehr, je heißer es wurde. Von Zeit zu Zeit wanderte sie sich zu ihrem Brautigame mit einem stehenden Blick, als bitte sie ihn, sie doch hinauf zur See zu bringen. Aber er, der frommen in des seligen Flod weiten Schmirn-Riefeln dastand, war so sehr in die religiöse Feier vertieft, daß er ihre stumme Bitte nur mit einem mißbilligenden, säuerlichen Blick beantwortete. Die übrigen hatten sich allmählich rückwärts bewegt, bis sie unter der Orgel saßen; hier war es einigermaßen kühl, dann man hatte etwas Schützen. Hier entbedete Gustav pädagogisch die Grammpreise, er setzte sich darauf und zog Klara auf seinen Schoß.

(Fortsetzung folgt.)

des letzteren den tödlichen Schuß beigebracht. Die Motive einer That sind unbekannt. — Im Circusgebäude brachen am 5. und 6. d. M. Brände aus. Wie jetzt bekannt wird, hat der Feuerwehrlöschzug R. im Circus beschäftigt war, die Brände vorzüglich verursacht.

Die angebliche Kaiserbeleidigung.

(Presstimmen.) Beschlagnahme wurde am Sonnabend die hiesige Volksstimme. Wie wir erfahren, handelt es sich um eine Majestätsbeleidigung, die darin erblickt wurde, daß an unsere Briefkastennotiz vom Sonnabend über die Uniform des Kaisers allerlei unsfällige Bemerkungen geknüpft waren. Die Notiz, welche sich gegen die Sachenschau richtete, trug übrigens das Korrespondenzzeichen M. des hiesigen Mitarbeiters, der schon seit einigen Jahren sein Gift gegen die Antisemiten in dem Blatte ausstößt. Wir vermuten einen juristisch gebildeten Juden dahinter. Die Beschlagnahme ist inzwischen aufgehoben. — Die Sachenschau. Wegen Majestätsbeleidigung beschlagnahmte wurde die Sonnabendnummer der sozialdemokratischen Volksstimme in Magdeburg. Das Blatt hatte eine kurze Notiz gebracht, in der es sich in unpöthlicher Weise darüber äußerte, daß das dortige Antisemitenblatt sich in speicheleriger Art mit der Frage beschäftigt hatte, was für ein Leidler eine jüngst in Magdeburg anwesende hohe Persönlichkeit angehoht habe. Ein Name war nicht genannt worden. In dieser Notiz sollte eine Beleidigung des Kaisers enthalten sein. Die Beschlagnahme ist jedoch wieder aufgehoben und die beschlagnahmenen Nummern der Expedition zurückgestellt worden. Der polizeiliche Ueberzeiger hat also eine rasche Uebung erfahren. — Freisinnige Zeitung.

Stendal. (Einbruch.) Diese sind beim Uhrmacher Breitenhagen eingebrochen, haben dort eine Reihe von Uhren und sonstige Werksachen gestohlen und sind dann entkommen. An zwei anderen Stellen, in der Breitenstraße und in der Rathenowerstraße, versuchten sie vergeblich einen Einbruch; im letzteren Fall entwendeten sie vom Hausflur ein Fahrrad. Die Polizei ist den Dieben auf der Spur. Altona. (Eifersucht.) Hier ist die Witwe Thiedemann durch ihren Bräutigam, den Schlosser Wittfeld, auf offener Straße in der Großen Bergstraße aus Eifersucht durch Halsabschnitten ermordet worden. Der Mörder ließ sich ruhig festnehmen. — Garmen. (Bauunfall.) Beim Bau der Turmbahn stürzte der Monteur Hugo Windmüller 38 Meter hoch herab und blieb tot liegen. — Bartenstein i. D.-Pr. (Ungetreuer Beamter.) Nach Unterschlagung von 5600 Mark ist der 30jährige Postassistent Franz Karl Wagner schuldig geworden. — Berlin. (Leichenfunde.) Die Leichen einer Frauen- und einer Mannsperion im Alter von ca. 30 bis 40 Jahren sind am Sonntag im Walde bei der Woltersdorfer Schleuse gefunden worden. Eine Medizinflasche wurde neben den Leichen gefunden, was auf Vergiftung schließen läßt. — Bidingen. (Erhängen.) In dem hiesigen Sandsteinbrüche wurden gestern nachmittags die beiden Arbeiter Eiserst aus Niederbagen und Simmer aus Wolfsofborn von einströmenden Gesteinsmassen erschlagen. Beide hinterlassen Familien mit Kindern. — Düsseldorf. (Rebolverbrennung.) Eine eifersüchtige Frau von hier feuerte in der Schilbergasse zu Köln auf ihren Mann, der mit einer Nebenbuhlerin eine Rheinreise unternommen hatte, vier Revolverkugeln ab und verletzte ihn tödlich. — Giesfeld. (Eisenbahnunglück.) Am 30. August, gegen 12 Uhr 15 Minuten nachts, stieß, wie eine amtliche Mitteilung besagt, auf der Station Wipwinkel der von Steele kommende Personenzug 819 auf den in derselben Richtung ausfahrenden Personenzug 822. Die Schuld ist noch nicht festgestellt. Zwei Reisende sind tot, zwölf schwer und zwei leicht verletzt. 3 Lokomotiven, 1 Packwagen und 5 Personenwagen sind erheblich beschädigt. — Amzendorf i. Mähren. (Familien драма.) Aus Verzweiflung über ein unheilbares Leiden hat der hier stationierte Bahnbeamte Tisch drei Knaben ertränkt und sich dann vor den Augen seiner Frau unter einem herandräusenden Personenzug geworfen, wobei er sofort den Tod fand. — Mainz. (Eine nette Gattin.) In Nieder-Olm machte eine Frau den Versuch, ihren Mann durch Phosphor zu vergiften. Der auffallende Geruch veranlaßte den Mann, die Speisen nicht zu genießen und sie untersuchen zu lassen, wobei das Gift konstatiert wurde. Die Frau wurde auf Anzeige des Mannes verhaftet. — Mannheim. (Eine beschlagnehnte Bombe.) Nach Mitteilungen der Polizei war die bei einem hiesigen Anarchisten beschlagnehnte Bombe mit 550 Gramm Schießpulver und Nägeln geladen. Vier Arbeiter werden gerichtlich verfolgt. — Mannheim. (Ein Fuß abgefahren.) Sonntag nachmittags wurde auf Station Käferthal-Wohligelagen dem Stationsarbeiter Lehn von dem Güterzuge Nr. 562 ein Fuß abgefahren. — Fleichen. (Vergiftung.) Am Genuß giftiger Pilze sind die dreizehnjährige Tochter und der siebenjährige Sohn des Schloßers Kobylansky gestorben. Frau Kobylansky liegt hoffnungslos darnieder.

Vermischtes.

Vom Typhus. Seit vorigen Freitag, wo nach amtlichen Mitteilungen 182 Personen in Pirchheim am Typhus krank lagen, sind 79 neue Fälle hinzugesammet; da zwischen 2 Kranke starben und 39 aus ärztlicher Behandlung entlassen wurden, ergibt sich für heute ein Krankenstand von 220 Personen. Die Gesamtzahl der Erkrankten hier beträgt nunmehr 372, der Todesfälle 29 der Genesungen 123; in den Endorten sind insgesamt 89 Typhusfälle vorgekommen. — Der Typhus in Oberschlesien. Aus Buntzen sind berichtet: Nach amtlicher Mitteilung wurden in vergangener Woche 269 neue Typhus Erkrankungen polizeilich gemeldet. Die Gesamtzahl der Erkrankten betrug im Juni 45, im Juli 125, im August 660. Gestorben sind

29 Personen. Die Typhus-Erkrankungen treten zuweilen im Ueberschwemmungsgebiet auf. Jammersort hat das arme Volk zu leiden. —

Schutz vor Schulkneuten.

Ein prägelader Schulkneute in Augsburg, der einen Arbeiter bis zur zeitweiligen Arbeitsunfähigkeit mißhandelt hatte, ist vom dortigen Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden. —

Verene, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Öffentliche Maurer-Versammlung vom 27. August. Wie schon in einem kurzen Berichte erwähnt worden, referierte Östlinger-Hamburg über die Einwirkungen der Organisation auf die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter. Redner sprach flott und anziehend. Er erörterte zunächst die Frage: Warum organisieren wir uns und führen Kämpfe? Die Löhne eines großen Teiles der Maurer seien nicht hinreichend zur Führung eines anständigen Haushaltes, zur Erhaltung der Körperkraft und Gesundheit. Auch im Winter mülle der Maurer leben. Wie auf dem Gebiete der Ernährung, sei auch auf allen anderen Gebieten zu klagen: ungesunde Wohnungen, mangelhafte Kleidung, Mangel an Mittel zu Befriedigung geistiger Bedürfnisse sei zu verzeichnen. Darum fordern die Arbeiter höhere Löhne. Die kapitalistische Produktionsart mache Arbeitskräfte überflüssig und hierunter haben auch die Arbeiter im Baugewerbe zu leiden, trotzdem in diesem die Maschine noch nicht eingebunden sei; denn die Arbeitslosigkeit in anderen Berufen habe zur Folge, daß sich mehr Hände (Gebrüder) dem Baugewerbe widmen und in ihm ein Ueberangebot von Arbeitskräfte, einen größeren Arbeitslosigkeit erzeugen. Da aber die Menschen zu leben geboren sind und nicht zum Verhungern; da Betteln heute bestraft wird und das Zwangsarbeitshaus den unerschuldeten in Not Geratenen ein Berufszeugnis aufbrenne, haben sich die Organisationen die Verkürzung der Arbeitslosigkeit zum Ziele gesetzt. Um diese Ziele zu erreichen, werde gekämpft und zum Kampfe organisieren sich die Kollegen. Die Organisation im Baugewerbe habe große Fortschritte gemacht. Während früher, da die Organisation noch schwach war, die meisten Kämpfe zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen seien, seien im letzten Jahre 95 Prozent aller Kämpfe siegreich bestanden. 1896 hatte die Organisation der Maurer 33 000, 1897 bereits 47 000 Mitglieder. Das ist ein Fortschritt! Die Kämpfe, welche früher verloren gingen, haben die Kollegen geschult. Die Opferbereitschaft sei gestiegen und werde hoffentlich weiter steigen, damit einmal die noch jetzt bestehenden Kämpfe siegreich durchgeführt und dem nächsten Frühjahr, in dem weitere schwere Kämpfe ausbrechen werden, guten Wertes entgegen gegangen werden könne. — Eine kurze Diskussion folgte. In ihr empfahl Schuch den Maurern von außerhalb, in ihrer Heimat Filialen zu gründen. Die Lohnkommission werde ihnen behilflich sein. Im Besonderen ging Schuch ein auf die Beschläge des Arbeitgeber-Verbandes bezüglich der Arbeit am 25. August und tadelte und empfahl das, was wir bereits im vorhergehenden Besichte anführten. — Die Filiale Magdeburg-Wilhelmstadt des Deutschen Metall-Arbeiter-Verbandes hatte eine Versammlung am Sonnabend, den 28. d. M. in Grothaus Lokal, Al. Klosterstraße, einberufen. Nach Erledigung des 1. Punktes der Tagesordnung: Entgegennahme von Beiträgen, wurde als 2. Punkt Ergänzung des Vorstandes vorgekommen. Da der jetzige Kassierer, Kollege T., sein Amt niederlegte, so wurde an dessen Stelle Kollege J. gewählt. Zum 3. Punkt, Gewerkschaftsbericht, hatte Kollege L. das Wort. Redner verstand es, die Machinationen des Unternehmertums ins rechte Licht zu stellen. Er beleuchtete die gewaltige Bewegung der englischen Maschinenbauer um Erringung des achtstündigen Arbeitstages. In der Diskussion ergriff Kollege Nitzsch die Versammlung, den Kampf im Auge zu behalten und ihn mit Interesse zu verfolgen. Er führte an, daß die Bewegung höchstwahrscheinlich circa eine halbe Million Mark Unterstützung kostet und beleuchtete den Opfermut der noch arbeitenden, zum Teil auch unorganisierten englischen Arbeiter, die sich es nicht verdrießen lassen, eine Extra-Steuer von wöchentlich 3 1/2—4 Mark zu zahlen. Redner wies ferner auf die Gewaltmaßregeln hin, die noch vor 100 Jahren gegen englische Arbeiter angewendet wurden, die sich erlaubten, sich Organisationen zu schaffen, indem sie mit Deportation usw. bestraft wurden. Und trotzdem hatten sie sich schon in den vierzig Jahren zu einer Macht emporgeschwungen, wo wir Deutsche noch nicht einmal heute angekommen sind. — Am 24. August fand im „Bürgerhaus“ eine öffentliche Versammlung der Schneider statt. Bei Besprechung der Beschlüsse der Ortskrankenkasse wurde besonders auf das ungeschickte Handeln der Vertreter der Mitglieder hingewiesen, welches statuten- und gesetzwidrig sei, da in dem § 53 des Statuts ausdrücklich steht, daß Gelder zu nichts anderem verwandt werden dürfen als Krankenerweiterungen, zur Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds und zur Deckung der Verwaltungskosten. Das Geld ist verwandt worden zur Reinigung der Gefellenkassne, zu Schären und ähnlichem Tand. Da nun die Krankenkasse vom Magistrat verwaltet wird und derselbe über alle Beschlüsse sein Gutachten abzugeben hat, so wäre zu wünschen, daß der Magistrat seine Zustimmung versagt und die Herren die 30 Mark aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müßten. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse, die gefaßt worden sind, auch nur möglich seien in der Ortskrankenkasse der Schneider, da die Vertreter meist zu den rüchständigen Elementen gehören und die organisierten Kollegen sich nicht um die Kasse gekümmert haben. Es wurde in der Diskussion noch hingedeutet auf die Generalversammlung in welcher die Vertreter gewählt werden. Die Kollegen mögen dann Sorge tragen, daß andere Vertreter gewählt werden. Zum Schluß wurde nach lebhafter Debatte die Resolution einstimmig angenommen, die bereits in der Volksstimme veröffentlicht worden ist. Alsdann legten einige Kollegen die Vorkände bei der Firma C. Schröder, Subenburg dar. Herr Schröder setze jetzt alles daran, die Forderungen, die er im Frühjahr bewilligt habe, den Arbeitern illusorisch zu machen. Herr Schröder versetzte, was er im Frühjahr seinen Arbeitern sagte, daß er ein humaner Mann sei, und er mit seinen Arbeitern in Ruhe und Frieden leben wolle. Jetzt habe er einen Kollegen wegen einer geringfügigen Sache (derselbe ist für seinen Kollegen eingetreten, weil derselbe sofort entlassen werden sollte) gekündigt. Ve-

sonders wurde das Verhalten des Zuschneiders Köpper gerügt, welcher jetzt auf jede Art und Weise die Arbeiter schikanirt. Im Laufe der Debatte kam man zu der Ansicht, daß, wenn Herr Schröder die Kündigung des Kollegen nicht zurücknimmt, die ganzen Kollegen Herrn Schröder die Kündigung überreichen. Herr Schröder wolle gut thun, die Kündigung zurückzunehmen, da es so schon schwer fällt, Arbeiter nach Subenburg zu bekommen. Und da die Kollegen auch an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterchaft Subenburg appelliert haben, so wäre nur zu erwarten, daß Herr Schröder die Kündigung zurücknimmt und seinem Zuschneider anheimgibt, die Arbeiter besser zu behandeln. Herr Köpper möge bedenken, daß auch er nur im Dienste des Herrn Schröder steht und auch ihn das Los treffen kann, auf das Straßenpflaster zu fliegen. — Nachdem noch einige Angelegenheiten erörtert, erfolgte Schluß der interessanten, leider nur mäßig besuchten Versammlung. — Freie Religionsgesellschaft. Die nächste ordentliche Gemeindeversammlung findet Mittwoch, den 1. September c., abends 8 1/2 Uhr in der Gemeindehalle statt, in welcher Mitteilung über das Programm des am 11. und 12. September stattfindenden 50sten Stiftungsfestes der Gemeinde gemacht wird. — Die Agitationskommission der Zimmerer ersucht die Zahlstellen des Verbandes in Braunschweig, Sachsen und Anhalt, Gebühreträge wie bisher nicht an Kamerad Gniezinger, sondern an Julius P. Lotz, Magdeburg, Scharnhorststr. 9a zu senden. — In einer am Sonntag in der Krone, Alte Neustadt, stattgefundenen öffentlichen Gasarbeiter-Versammlung wurde eine Organisation der Gasarbeiter gegründet. — Gewerkschaftsblatt Burg. Donnerstag den 2. September, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Herrn Fesse, Holzstr. 2. — Burg. Sonntag den 5. September, unternehmen die sämtlichen hiesigen Gewerkschaften einen Ausflug. Abmarsch früh 7 Uhr von Fesse. Bei ungünstigem Wetter wird der Ausflug bis nächsten Sonntag verschoben. — Obenstedt. Am 25. August, abends 8 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Gottfried Ehrke eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung, welche von ungefähr 150 Personen besucht war. Lorenz-Hamburg sprach über das Thema: Der Kampf der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete. Redner führte seinen Vortrag in gediegenster Weise aus und forderte die Kollegen zur immer festeren Organisation auf, darauf hinweisend, daß Einigkeit stark mache. Unter Punkt Beschiedenes wurden noch verschiedene Mißstände auf Bauten gerügt. — Triumph! Donnerstag nachmittags 2 Uhr im Regenbogen (Friedrichstraße). Fahrt nach Gommern. — Die Maler-Organisation feiert ihr Stiftungsfest am 4. September. — Mittwoch, den 1. September: Männer-Gesangverein „Vorwärts“ Alte Neustadt. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Uebungsstunde bei Hentis, Moldenstraße.

Quittung.

Für die Ueberschweemten sind bei uns eingegangen: H. S., Weinberg 0,50. — Thiel, Ottenbergstr. 1,00. — Die rote Wirtin 5,00. — Grusonstraße Nr. 7 1,00. — Von einer Tarpe aus Neustadt 0,60. — Die Expedition. Zu Parteizwecken im Kreis Neuhaubensleben-Bolsmirekt sind eingegangen in der Zeit vom 1. bis 29. August in Obenstedt: L. Pf. 3,70. — R. Bötig. 2,20. — G. Dt. 2,50. — W. Ebob. 1,00. — U. M. 5,00. — Volks-Versammlung 20,70. — Der Vertrauensmann: Gustav Braune.

Neuere Nachrichten.

Partenkirchen. Der seit dem 18. d. M. vermisste Tourist Rechtsanwalt Theodor Huber aus Würzburg, wurde Montag früh in einer Schneemulde auf dem Hochwanger als Leiche aufgefunden. — Posen. Die Unterschlagungen des Zahlmeisters Neumann vom 47. Inf.-Reg. betragen ca. 20 000 Mark. — Graz. Die Ofstiermark ist durch Vorkenbrüche heimgesucht worden. Der Schaden an Früchten etc. ist groß. —

Eingefandt.

Zu einer Uebersicht der des Publikums gestaltet sich das häufige Verfragen der an öffentlichen Stellen aufgestellten Wasserautomaten. Namentlich in letzter Zeit ist es, wie von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, sehr oft vorgekommen, daß die Automaten hineingeworfene Geldstücke zwar aufnehmen, aber keine Ware herausgeben, weil sie nicht in Ordnung waren. Eine Wiedererlangung des Geldes war meistens unmöglich, weil niemand zu finden war, der den betreffenden Apparat bedienen konnte. Es muß daher verhängt werden, daß die Automaten so häufig wie möglich, mindestens aber täglich, auf ihr hohes Funktionieren untersucht werden. Dem Publikum kann nicht zugemutet werden, daß es zur Wiedererlangung des in die nicht funktionierenden Automaten geworfenen Geldes von einem zum anderen läuft oder gar an die Automaten-Gesellschaft lange Beschwerden richtet. —

Briefkasten.

(Anonyme Einladungen werden nicht berücksichtigt.) An die Lokalkommissionen und Vertrauensleute der Gewerkschaften richten wir das Ersuchen, darauf hinzuwirken zu wollen, daß alles, was uns über Streits etc. zur Publikation zugeht, zuvor durch die Hände der Lokalkommissionen oder der Vertrauensmänner geht. Wir ersuchen ferner darum, das Manuskript mit dem Stempel oder der Unterschrift der Kommission bez. des Vertrauensmannes zu versehen. Einwendungen ohne Unterschrift können wir nicht berücksichtigen, noch dazu, wenn unbekannt Personen uns das Manuskript überbringen. — A. W., Subenburg. Mein. — St., Salbte. Adresse unbekannt. Die Annoncenexpedition von Paafenstein & Dornier vermag vielleicht die Adresse anzugeben. — R. Th. und B. J. Auf unseren Rechtsbeistand müssen wir noch einige Tage verzichten. Ihre Fragen werden später beantwortet. — W. W. 1. Die Klage müssen Sie besonders einreichen. 2. Nein. —

Centralverband der Maurer Deutschlands. Zahlstelle Magdeburg. Dienstag, den 31. August 1897, abends 8 Uhr, im Saale des „Drei Kaiserbund“ Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Bog über: Arbeit ist des Bürgers Bier, Segen ist der Mühe Preis. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Der Bevollmächtigte. 1727

Unentgeltliche Behandlung. Wegen Abgabe dieser Annonce ohne irgend welche Verpflichtung jedem, der sich an den großartigen Erfolg meiner Kurmethode überzeugen will, für die ersten 3 Tage, in denen selbst bei ganz berateten Leiden in den meisten Fällen schon wesentliche Besserung eintritt. Beschränkung auch schriftlich. Visser, homöopathischer Prakt. Magdeburg, Jakobstraße 3. Sprechstunden von 11 bis 4 Uhr. Donnerstage keine Sprechstunden.

Möbel!! Möbel!! 295 nur gute und reelle Arbeit, im Möbels-, Spiegel- und Polsterwaren-Lager von W. Ebert, Grüneamstr. 11, Hof, 1 Tr. * Junge Kanarienhähne u. Weibchen zu verkauf. Endenborferstr. 55 S. I. Dippauer. Als Schneiderin in u. auß. d. H. empfangt Emma Rudolph, Abendstr. 16b II l.

Waren 1613 und Möbel auf Teilzahlung. A. Friedländer Große Weg 118, 1 Tr.

Freie Religions-Gesellschaft. 1730 Mittwoch, den 1. Septbr., abds. 8 1/2 Uhr Gemeinde-Versammlung. Bericht über das Programm des am 11. und 12. September stattfindenden 50. Stiftungsfestes.

Victoria-Theater. Mittwoch, den 1. September. Novität! Der Langtanzel. Poße mit Gesang in 4 Akten von Mannhader. Musik von Steffens. Apfelwein garantiert rein, 3 Flasche 34 Btg., sowie alle Sorten in- und ausländische Weine empfängt für billigen L. Walter, Umfassungstraße 82. 256 * Der veranlaßt Sonntag früh 5. Uebungshal. Scharnhorststr. i. d. Volksstimme.

Große sowie kleinere Umzüge per Achse und per Bahn werden besorgt 1726 Krügerbrücke lb. Gesucht werden: Unentgeltlicher Arbeits-Nachweis der Gewerkschaften Magdeburg (Al. Klosterstr. 15/16): Tischler, Drechsler, Flechtmeister, Schuhmacher, Barbier, Cigarrenmacher, Seiler und einige Fellner. * 3 Mädchen von 14—16 Jahren für einige Stunden vorm. Thiemstr. 15 II l. * 6 jung. Mädchen kann die Schneiderei erlernen. Frau Kälber, Rogauerstr. 86 S. II. Gesuchen Stellung: Unentgeltlicher Arbeits-Nachweis der Gewerkschaften Magdeburg (Alte Klosterstraße 15/16): Tischler, Klempner, Flechtmeister, Drechsler, Maler, Müller, Photograph, Schneider, Weisgerber, Schuhmacher, Cigarrenmacher und Buchbinder. Stöhl. Logis Kolbikerstr. 2 S. II, Feuer.

Internationaler Kongress für Arbeiterschutz.

Hg. Zürich, den 27. August 1897.

Fünfter Verhandlungstag.

Nach der großen Debatte am Vormittag machte sich in der gestrigen Nachmittagsitzung eine gewisse Ermüdung geltend. Zur Verhandlung stand die aus sieben Punkten bestehende Resolution über die Frauenarbeit, wie sie aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen ist. Die ersten 5 Punkte wurden nach unentschiedener Debatte unverändert angenommen. Punkt 6 fordert die Einschränkung und endliche Beseitigung der

Hausindustrie.

Abg. v. Bollmar stellt folgenden Abänderungsantrag: Der Kongress stehe in der Hausindustrie eine Beschäftigungsweise, die schwere soziale und gesundheitliche Uebel im Gefolge hat und ein großes Hindernis für die gewerkschaftliche Organisation und die Durchführung eines wirklichen Arbeiterschutzes bildet. Der Kongress überweise deshalb die Behandlung dieser Frage dem nächsten Kongress. Zur Begründung macht Bollmar geltend, daß von der Beseitigung der Hausindustrie auf dem platten Lande und in den kleinen Städten in absehbarer Zeit keine Rede sein könne. Dieser Antrag und seine Begründung veranlaßt die englische Delegation, ihrem Mißbehagen über den Verlauf des Kongresses Ausdruck zu geben, sie fühle sich ganz isoliert.

Duelch-Bondon bemerkt, daß die Engländer in der Frage der Hausindustrie, deren Beseitigung sie prinzipiell forderten, wie am Dienstag bei der Frage der Altersgrenze der Kinderarbeit, einer reaktionären Masse gegenüberständen, zu der auch die deutschen Sozialdemokraten gehörten. (Heiterkeit und Unruhe.)

Die bunte führt diese Vorwürfe auf die Unkenntnis der Engländer von den wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands zurück. In England existiere die Hausindustrie nur in London. Die Abschaffung der Hausindustrie für Deutschland und andere kontinentale Länder könne nicht einfach dekretiert werden; mit einem solchen Beschluß würde man sich nur lächerlich machen.

Dr. Adler-Wien hält es im Gegensatz hierzu doch für geboten, gegen die Bollmarsche Resolution zu stimmen, um Mißverständnisse zu verhüten.

Die Bollmarsche Resolution wird hierauf mit knapper Mehrheit (70 gegen 68 Stimmen) angenommen.

In der heutigen Sitzung referierten Professor Eris-mann (Zürich) und E. Héritier (Bausanne) über die Nachtarbeit und die Arbeit in gefährlichen Betrieben. Sie empfahlen folgende Resolutionen:

1. Nachtarbeit.

1. Nachtarbeit, d. h. Arbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens, ist für Arbeiter jeglichen Alters oder beiderlei Geschlechts gesetzlich zu verbieten.

Ausnahmen können nur für erwachsene Männer und nur für diejenigen Industriezweige gemacht werden, welche aus technischen Gründen auf ununterbrochenen Betrieb angewiesen sind, und nur in Bezug auf diejenigen Beschäftigungen, welche einen derartigen Betrieb erfordern. Dies gilt auch für solche Gewerbe, bei denen die Nachtarbeit einen integrierenden Bestandteil des Betriebes bildet, wobei jedoch die gesamte Arbeitszeit den gesetzlichen Maximalarbeitszeit nicht überschreiten darf. Die Arbeiter dürfen übrigens auch in solchen Fällen nur mit ihrer Zustimmung zur Nachtarbeit verwendet werden.

Diejenigen Industriezweige, in denen aus dem angeführten Grunde Nachtarbeit gestattet wird, müssen durch das Gesetz genau bezeichnet werden.

2. Ueberzeitarbeit ist für Kinder, junge Leute beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren, sowie auch für Frauen nicht gestattet. Für erwachsene Männer kann dieselbe ausnahmsweise gestattet werden, doch darf sie sich nicht auf Stunden ausdehnen, welche im Gesetz als Nachstunden bezeichnet sind.

Ausnahmsweise und vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit darf nur dann gestattet werden, wenn der Betrieb durch unvorhergesehene Ereignisse (höhere Gewalt, Unglücksfälle) gefährdet worden ist, und hieraus dem Unternehmer oder den Arbeitern ein bedeutender materieller Schaden erwächst.

Wegen Geschäftsandrangs darf Ueberzeitarbeit nicht gestattet werden.

3. Bei Industriezweigen, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern, muß in drei achttündigen Schichten gearbeitet werden, wobei in bestimmten Zeiträumen Schichtwechsel stattfinden soll. Um den Arbeitern eine 24 stündige Sonntagsruhe zu ermöglichen, soll an den Sonntagen eine Reservekraft eingesetzt werden.

2. Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben.

1. Die gesundheitsgefährlichen Betriebe im Sinne dieses Gesetzes sollen in jedem Lande auf dem Verwaltungswege genau bezeichnet werden.

2. Die behördliche Bewilligung zur Öffnung eines gesundheitsgefährlichen Betriebes darf nur dann erteilt werden, wenn alle durch das Gesetz oder auf dem Verwaltungswege vorgeschriebenen Maßregeln zur Beseitigung des schädlichen Momentes getroffen sind. Insbesondere ist zu verlangen, daß durch die technische Anlage, sowie durch die Art des Betriebes das Eindringen schädlicher Stoffe in die Atemluft der Arbeiter vermieden wird, soweit der jeweilige Stand der Technik es ermöglicht.

3. Kinder, junge Leute unter 18 Jahren und Frauen dürfen bei gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen und in Bergwerken zur Arbeit unter und über Tage nicht verwendet werden. Dieses Verbot ist ein absolutes.

4. In gesundheitsgefährlichen Betrieben ist die tägliche Arbeitszeit unter dem gesetzlich bestimmten Maximalarbeitszeit zu halten, wobei die Verkürzung der Arbeitszeit dem Grade der Gesundheitsgefährlichkeit des betreffenden Betriebes entsprechen und die Arbeit in keinem Falle acht Stunden im Tage überschreiten soll.

5. In gesundheitsgefährlichen Betrieben sind periodisch amtliche ärztliche Untersuchungen über den Gesundheitszustand der Arbeiter anzuschicken. Außerdem ist durch verantwortliche und befugte, berechnete Aufsichtsbeamte unter Androhung von wirksamer Strafe dafür zu sorgen, daß die nötigen Schutzvorrichtungen eingeführt und gebraucht werden.

6. Für Schädigungen an Gesundheit, von welchen die Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben betroffen werden, sind die Unternehmer gesetzlich haftbar zu machen.

7. Bei außerordentlicher Gesundheitsgefährlichkeit eines Industriezweiges, wenn derselbe auf einzelne Weise technisch vorzubereiten ist, soll die Verwendung des schädlichen Stoffes verboten werden.

Zusatz wird über die Thesen zur Nachtarbeit diskutiert.

Picard-Bondon (Vertreter der Gaswerker) hebt hervor, daß in England die Nachtarbeit für jugendliche Personen verboten sei, ein Teil der Thesen sei also in England bereits erfüllt. Auch die Ueberzeitarbeit sei für die Frauen und Kinder verboten, doch komme sie noch häufig bei der Heimarbeit vor. Für viele Betriebe sei die Ueberzeitarbeit auch für Männer verboten, sie komme aber noch häufig vor, und die Gewerkschaften lägen in beständigem Kampfe dagegen. In England müsse heute schon die Ueberzeitarbeit bedeutend teurer an die Arbeiter bezahlt werden. Die dreiteilige Schicht sei auch schon teilweise eingeführt. Das Ideal der englischen Arbeiter sei der Achtstundentag. In dieser Frage gebe es kein Kompromiß.

Wenn sich im Parlament keine Majorität finden sollte, so würden sich die englischen Arbeiter halb von den bürgerlichen Parteien emancipieren und als selbständige Arbeiterpartei in den Wahlkampf treten. Mit einem lebhaften Klageged auf den englischen Sonntag schließt der Redner.

Nandy, Vertreter der Londoner Schriftsetzer, findet den englischen Sonntag nicht so traurig, wie der Vorsitzende. Die Londoner Buchdrucker haben die Ueberstundenarbeit als wirtschaftlich schädlich, gesundheitsgefährlich und entsetzlich energisch und auch erfolgreich bekämpft. Er fordert die Gewerkschaften auf, gerade auf die Ueberstundenarbeit ihr Hauptaugenmerk zu richten.

Chaplin, Vertreter des Gewerkschaftsrates von Leicester hält den englischen Sonntag mit seiner Ruhe immer noch für besser wie den continentalen Sonntag mit dem Werkstattstreben. Die Unternehmer benutzen die Nachtarbeit zu Ueberproduktion um dann die Löhne drücken zu können, indem sie den Arbeitern mit Entlassung drohen.

Damit schließt die Debatte. Präsident Scherzer bittet vor der Abstimmung alle Beifalls- und Mißfallenskundgebungen bei den Abstimmungen zu unterlassen. (Bravo!) Wir arbeiten alle in treuem Eifer an der Entwicklung des Arbeiterschutzes. Die Gegensätze, die vorhanden sind, sind mehr solche des Mehr oder Weniger, als solche des Ob oder des Nichts. (Beifall.)

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme der Thesen über die Nachtarbeit.

Nunmehr wird die Diskussion über die Thesen eröffnet, die

die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben behandeln. Herbert Burrows (London, S. D. F.) Wir rühmen uns des Fortschritts aus der Barbarei zur Zivilisation, und doch sind früher nie so ungesunde und gefährliche Betriebsarten wie jetzt betrieben worden. Redner ist Sekretär der Gewerkschaft der Zündhölzchenarbeiterinnen und Schachtelmacherinnen. Das englische Gesetz thut alles, um die Arbeiterin zu schützen, und es wird für strenge Durchführung der Vorschriften gesorgt. Die Ventilation in den Fabriken ist vollkommen, für Waschlager, Handtücher und Bürsten müssen die Unternehmer sorgen, nichts darf im Fabrikraum geblasen werden. Und trotz dieser sorgfältigen Vorschriften kommen noch beständig Erkrankungen an Phosphornarkose vor! Nur ein Radikalmittel giebt es: das gesetzliche Verbot, Gifstoffe anzuwenden. Die Industrie kann in weit mehr Fällen, als man glaubt, ohne Gifstoffe, da wo sie sie jetzt noch benutzt, auskommen. Ein zweites Mittel hat die Gewerkschaftsbewegung an der Hand, wenn sie den Verkauf von Produkten verhindert, die Gifstoffe enthalten. Redner erkennt es rückhaltlos an, daß die Heilsamer in ihren Werkstätten, wo sie beschäftigungslose Arbeiter beschäftigt, kein Gift, keinen Phosphor anwendet. — Gestern sind die zwei Parteien hier, die Anhänger der sozialen Reform und die der sozialen Revolution, in den Vordergrund getreten. Uns Engländer hat es sehr angenehm berührt, daß es nicht zu Streit und Hader gekommen ist. (Bravo!) Aber die soziale Reform kann die ungeheuren Schäden der Gesellschaft nicht heilen, und wenn die Enzyklika Pios XIII. über die Arbeiterfrage in allen ihren Forderungen von heute auf morgen durchgeführt, würde das Elend doch bestehen bleiben. Aber in Sachen des Arbeiterschutzes können wir eine gute Strecke miteinander gehen. Ueber den Streit der Parteien steht das Gefühl der Brüderlichkeit aller Menschen. Diese Brüderlichkeit ist auch das Ideal der Kirche, sie ist aber nicht zu erreichen durch Sozialreform, sondern nur unter dem roten Banner mit dem Schlagworte: Es lebe die soziale Revolution! (Beif.)

Leopold Sonnemann (Frankf. a. M.): Mir Rücksicht auf die vorgerückte Zeit will ich auf eine Polemik mit dem Vorsitzenden verzichten. Es genügt, daß auch er der sozialen Reform einen Platz angewiesen hat. Von diesem Standpunkt der sozialen Reform drücke ich dem Referenten meine Zustimmung aus. Auch mit den Resolutionen bin ich vollkommen einverstanden; ich bin der Ueberzeugung, daß gerade auf diesem Gebiete vieles und gutes zu erreichen ist. Der Ausschuss, das internationale Arbeitsamt, das wir morgen hoffentlich beschließen werden, kann hier eine fruchtbare, praktische Thätigkeit entfalten, ohne erst auf internationale Verträge zu warten, ohne daß erst die Klinte der Gesetzgebung in den einzelnen Ländern sich bewegt. Das Arbeitsamt kann Berichte aus den einzelnen Ländern über die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben einfordern, zusammenstellen, vergleichen, die Fortschritte konstatieren und den einzelnen Behörden und Arbeiterorganisationen davon Mitteilung machen. Schwere Mißstände werden sich so ohne weiteres beseitigen lassen, zumal wenn man die Öffentlichkeit in Anspruch nimmt, die schon viel auf diesem Gebiete erreicht hat. In den letzten Jahren ist manchen Parteien das

soziale Gewissen geweckt worden, und ich hoffe, daß dieser Kongress schon viel dazu beitragen wird, daß wir vorwärts kommen! (Beifälliger Beifall.)

Damit schließt die Debatte.

Die einzelnen Thesen werden einstimmig angenommen; der zweite Absatz der fünften These, der die Fabrikinspektoren berührt, wird ausgeschrieben und soll beim nächsten Punkte der Tagesordnung „Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes“ erledigt werden. Die Weiterberatung wird auf Sonnabend früh vertagt.

(Sechster Verhandlungstag.)

Der letzte Tag der Kongressverhandlungen versammelte die Teilnehmer noch einmal beinahe vollständig. Er war zwei Fragen gewidmet.

1. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes.
2. Internationales Amt für Arbeiterschutz.

Den ersten Punkt behandelte Nationalrat Decurtius (Katholik). Er wies auf die Notwendigkeit hin, neben dem internationalen Sachenrecht internationales Arbeiterrecht zu schaffen, und nannte als Mittel um dieses Ziel zu erreichen: 1. lebhafteste Agitation in Wort und Schrift; die öffentliche Meinung Europas ist eine gewaltige Macht, vor der sich auch die höchsten Personen beugen müssen. (Beifälliger Beifall.) Zweitens sollen die Arbeiterparteien in allen Ländern die Forderung des internationalen Arbeiterrechts in ihr Programm aufnehmen und die Arbeiter aller Richtungen einen Druck auf die Abgeordneten und Parlamente ausüben. Drittens wäre ein Komitee auf neutralem Boden nützlich, das etwa unter Leitung des Greulichs die Agitation der verschiedenen Gruppen einheitlich regelt und mit Material versorgt. (Bravo!) Zunächst sollen nur bescheidene Forderungen für das internationale Arbeiterrecht erhoben werden in Sachen der Sonntagarbeit, Nachtarbeit, Frauenarbeit und Kinderarbeit. Mit der Zeit wird mehr erreicht werden. Die soziale Frage muß in Reih' und Glied ausgefochten werden, das ist das beste praktische Christentum, die Erfüllung des Wortes des Herrn: Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst! Der soziale, christliche Zug, der auch die akademische Jugend ergreift, muß international werden. (Bravo!) Die oberen Zehntausend sprechen nicht mehr vom Menschenrecht. Als überzeugter Katholik und Christ erinnere ich aber daran, daß nach alter christlicher Vorstellung nur eine Christenheit, eine religiöse Kulturwelt ohne Klassenunterschied sein soll. Der tolle Genußtaumel treibt die oberen Zehntausend an den Rand, an dem die Antiken stehen; die Güter der Kultur müssen allen Arbeitern zu teil werden. (Stürmischer Beifall.)

Gleichfalls unter lebhaftem Beifall referierte Regierungsrat Curti über das internationale Arbeiterschutzamt. Er hofft, daß die Regierungen das Institut errichten werden. Folgende Resolutionen lagen vor:

Zur Verwirklichung des vom Kongress geforderten Arbeiterschutzes sind notwendig:

1. Eine einheitliche Gewerbeinspektion, die sich auf Groß- und Kleinindustrie, Bergwerke, das Gewerbe, die Hausindustrie, den Handel, Verkehr und die Landwirtschaft, soweit in dieser maßgebender Betrieb stattfindet, erstreckt, deren Beamte mehr als bisher aus sachverständigen Kreisen, und deren Gehältern und Gehilfen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen genommen werden — die so zahlreich vorhanden sein sollen, daß sie jeden Betrieb mindestens einmal halbjährlich besichtigen können, — die mit dem Vollzugsrecht ausgestattet und unabhängig gestellt sind. Die Jahresberichte dieser Beamten und Beamtinnen sollen sofort nach Ablauf des Berichtsjahres amtlich veröffentlicht und zum Selbstkostenpreis an jedermann abgegeben werden.
2. Für die Landwirtschaft sollen besondere Inspektoren bestellt werden.
3. Zur Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften die Frauenarbeit betreffend sind vom Staate zu bestellende Inspektorinnen anzustellen, die zum Teil aus den Kreisen der Arbeiterinnen zu wählen sind.
4. Vollig freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, insbesondere offizielle Anerkennung aller zur Kontrolle des Arbeiterschutzes von Arbeitern geschaffenen Kommissionen, Kamern, Sekretariaten, sowie der Gewerkschaften und ihres Aufsichtrechtes.
5. Die Verletzung des Koalitionsrechtes ist strafbar.
6. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für die Wahlen in alle Vertretungskörper zur Sicherung des der Arbeiterklasse gebührenden Einflusses auf alle Parlamente.
7. Lebhafteste Agitation für den Arbeiterschutz durch die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und Vorträge, Schriften, Presse, Versammlungen, und vor allem in den Parlamenten.
8. Zur Förderung der nationalen und internationalen Arbeiterschutzes sind periodische internationale Kongresse zu veranstalten und sollen, soweit möglich, gleichlaufende gesetzgeberische Vorschläge, nach vorausgegangener Verständigung unter den Vertretern des Arbeiterschutzes, in den verschiedenen Parlamenten gleichzeitig eingebracht werden.
9. Die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung soll sich vorzüglich erstrecken auf die Aufstellung eines Minimums für die in den Fabriken beschäftigten Kinder und jungen Leute, auf das Verbot der Nachtarbeit für die in den Fabriken beschäftigten Frauen und jungen Leute, auf das Verbot der Frauenarbeit in den gesundheitsgefährlichen Industrieen, das Verbot der Sonntagarbeit, die Aufstellung eines allgemeinen Maximalarbeitszeitgesetzes.
10. Die Teilnehmer des Kongresses werden aufgefordert, in der Presse und in den Parlamenten die Regierung zur Errichtung eines internationalen Arbeiterschutzamtes einzuladen.

Als dessen Aufgaben werden in Aussicht genommen:

- a) Die Sammlung, Herausgabe und Mitteilung an die interessierten Amtsstellen, sowie die Verbreitung durch den Buchhandel aller auf den Arbeiterschutz sich beziehenden Gesetze und anderen wichtigen amtlichen Veröffentlichungen zugleich in englischer, französischer und deutscher Sprache, und ferner in ihrer Ursprache, wenn diese keine der drei genannten ist.
- b) Die internationale vergleichende Bearbeitung der Arbeiterstatistik (oder Sozialstatistik überhaupt).
- c) Die Abfassung eines Jahresberichts über die von der gesetzgebenden und Verwaltungsbehörden für die Fortbildung des Arbeiterschutzes entwickelte Thätigkeit.
- d) Die Erteilung von Auskunft und die Mitteilung orientierender Literatur.
- e) Die Veranstaltung von Kongressen zur Beratung über den Fortgang der Arbeiterschutzgesetzgebung.

8. Der Kongress spricht den Wunsch aus, daß das internationale Arbeiterschutzbüro eingerichtet werden soll, sobald drei Staaten sich hierzu bereit erklären.

Für das Gesuch an den schweizerischen Bundesrat wird folgende Fassung vorgeschlagen:

Der internationale Kongress für Arbeiterschutzbüro spricht seine Anerkennung aus für die wiederholten Bemühungen des schweizerischen Bundesrates um das Zustandekommen einer internationalen Arbeiterschutzbüro; er spricht den Wunsch aus, es möchten diese Bestrebungen mit allem Nachdruck in nächster Zeit wieder aufgenommen werden, und er ladet sein Bureau ein, diesen Wunsch dem schweizerischen Bundesrate in geeigneter Eingabe zur Kenntnis zu bringen.

Die Diskussion wird zunächst über das Thema „Mittel und Wege zur Erreichung des internationalen Arbeiterschutzes“ eröffnet.

Oberleutnant v. Egiby-Potsdam überbringt dem Kongresse die Grüße des Kongresses der Friedensfreunde, der kürzlich in Hamburg getagt hat.

Dr. Quare-Frankfurt fordert den Kongress gerade im Hinblick auf das zweite Ziel das gegen die Arbeiter angewendet werde, im Hinblick auf die offensichtliche Beugung des Koalitionsrechtes der Arbeiter auf, sich für volle Koalitionsfreiheit der Arbeiter auszusprechen.

Axelrod-Zürich (Vertreter der russischen Arbeiter) erklärt im Namen der russischen Delegation, daß die vorgeschlagene Resolution die rechtlose Lage der russischen Arbeiter nicht genügend berücksichtigt und giebt ein Bild der russischen Zustände unter denen die Arbeiter zu leiden haben. Weder Koalitionsfreiheit, noch Pressefreiheit, noch Vereins- und Versammlungsfreiheit gäbe es in Rußland für die Arbeiter. Da sich in Rußland der Kapitalismus mit europäischer Hilfe zusehends entwickle, hätte das übrige Europa die Pflicht, den russischen Arbeiter moralisch bei der Bekämpfung von Rechten zu unterstützen. Außerdem giebt er folgende Erklärung zu Protokoll: Die russische Delegation erklärt es für selbstverständlich, daß da, wo den Arbeitern die Mittel zur Verteidigung ihrer Rechte, welche alle Nationen ihnen einräumen, fehlen, sie nicht auf den Weg des Gesetzes verwiesen werden können.

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Resolution der Sektion wird unter Stimmenthaltung der Engländer einstimmig angenommen.

Zur Resolution über das internationale Komitee und Arbeitsamt nimmt

Sonnemann-Frankfurt a. M. das Wort. Er macht darauf aufmerksam, daß es einen viel größeren Eindruck machen würde, wenn die Aufforderung zur Bildung eines internationalen Arbeitsamtes von dem schweizerischen Bundesrat ausgehen würde und stellt deshalb den Antrag, den schweizerischen Bundesrat zu ersuchen, die Einladung zur Bildung des internationalen Arbeiterschutzes an die verschiedenen Regierungen zu richten.

Pater Stojalowski (Galizien): Wir werden alle aus voller Ueberzeugung für das internationale Arbeiterschutzbüro stimmen. Es soll unsere Arbeiten hier zusammenfassen die Krone aufsetzen und ihnen eine gewisse Fortdauer sichern. Wir haben auch zu dem internationalen Komitee, das hier gebildet werden soll, das größte Vertrauen. Die Behandlung der Fragen ist in größter Objektivität und Sachlichkeit erfolgt; das war das Nützlichste, was für die Arbeiter Sache geschehen konnte. Wir Christlich-Sozialen Galiziens kämpfen mit den Sozialdemokraten gegen den gemeinsamen Feind, den Mammon. Wir sind mit ihnen in den Prinzipien nicht einverstanden, finden das aber als Freiheitsfreunde im Kampfe gegen das goldene Kalb zusammen und huldigen dem Worte: Die beiden großen Heerscharen werden den Feind besiegen, wenn sie auch getrennt marschieren, aber vereint schlagen. (Beifall.)

Der Antrag Sonnemann wird einstimmig angenommen. Weiter wird die Bildung eines internationalen Komitees, das auch weitere Arbeiterschutzbüros einzuberufen hat, beschlossen. Das Komitee soll sich aus dem Organisationskomitee dieses Kongresses bilden und das Recht der Requisition haben.

Diese Diskussion einstimmig angenommen wird folgende schon in der Sektion angenommene Resolution abgelesen: „Der Kongress erklärt, daß das Bestreben, internationalen Arbeiterschutzbüro zu erreichen, niemals ein Mittel der Verschleppung der Fortschritte im nationalen Arbeiterschutze werden darf. Er giebt vielmehr der Ueberzeugung Ausdruck, daß internationale Vereinbarungen nur so leichter zu erreichen sein werden, je mehr der Ausbau des Arbeiterschutzes in den einzelnen Ländern voranschreitet.“

Soldi-Mailand begründet folgende von ihm und Bernauerer gestellte Resolution:

Der Kongress anerkennt mit dem Bewußtsein, daß die Arbeiter in den verschiedenen Ländern durch die verschiedenen Zustände in denen sie leben, in der Hinsicht der Arbeiterschutzes in den einzelnen Ländern verschieden sind, daß die Arbeiter in den verschiedenen Ländern durch die verschiedenen Zustände in denen sie leben, in der Hinsicht der Arbeiterschutzes in den einzelnen Ländern verschieden sind, daß die Arbeiter in den verschiedenen Ländern durch die verschiedenen Zustände in denen sie leben, in der Hinsicht der Arbeiterschutzes in den einzelnen Ländern verschieden sind.

Der Antrag Soldi-Bernauerer wird einstimmig angenommen. Außerdem wird beschlossen, daß alle hier anwesenden Vertreter in Parlamenten und in Gemeinden die hier gestellten Beschlüsse in die Wirklichkeit zu überlegen verpflichten sollen. Die auf dem Kongresse gestellten Beschlüsse und Resolutionen sollen den einzelnen Regierungen empfohlen werden.

Damit sind die Arbeiten des Kongresses beendet.

Stiefrecht heißt dem Organisationskomitee, dem Bureau, den Regierungen und Arbeiterschutzbüros für ihre Hilfe zu danken. Ein Mittel über den Kongress wurde er nicht finden, das würde die öffentliche Meinung thun. Der Kongress ist unerschrocken vorwärts, und es ist zu erwarten, daß er in nächster Zeit in der Lage sein wird, die Beschlüsse des Kongresses in die Wirklichkeit zu überführen.

weiden. Das heideseitige Mißtrauen vor Beginn des Kongresses sei nicht berechtigt gewesen. Ueber den Kongress habe eine Art Gottesfriede geherrscht, die Waffen seien eine Zeitlang begraben worden, und man habe versucht, ein Stück gemeinsame Arbeit zu leisten. Wir scheiden, so schließt der Redner, von der Schweiz mit vermehrter Liebe zu ihr, die durch ihre freihetlichen Institutionen die Nationalitätenfrage, die andere Länder zerklüftet, überwunden hat. Die Schweiz ist uns ein Vorbild im Kleinen des großen Zukunftsstaates, der keine Fata Morgana ist, sondern sich auf Erden verwirklichen läßt durch die Verbrüderung aller Völker auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit. (Einstimmiger beifälliger Beifall.)

Decurtius ergreift im Namen der antisozialdemokratischen Richtungen auf dem Kongress das Wort. Der Kongress sei einzig in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, denn er vereine zum ersten Male die Vertreter aller bedeutenden Richtungen. Die Schweiz habe diese Vereinigung schon seit einem Jahrzehnt, daß aber ein ähnliches internationales Zusammengehen beim ersten Versuche einen so glücklichen Erfolg haben würde, habe niemand zu hoffen gewagt. Ein Vergleich zwischen der Diskussion der hier versammelten Arbeitervertreter mit der Diskussion in den Parlamenten falle nicht zu Ungunsten des Kongresses aus. Als Grundlage für jeden Arbeiterschutzes habe der Kongress volle Koalitionsfreiheit für die Arbeiter gefordert, denn nur im Sonnenlichte der Freiheit kann die Arbeiterschutzesgesetzgebung zum Baume werden, unter dem die Arbeiter aller Nationen sich sammeln. Die Arbeiterschutzesgesetzgebung sei nicht das Endziel der Bestrebungen, sie sei auch nur ein Mittel, um jenen Tag herbeizuführen, wo das letzte Sklavenmal von der Arbeit fällt, wo das Wort zur Wahrheit wird: Die Arbeit ist es, die adelt! (Stürmischer Beifall.)

Präsident Scherrer weist in seiner Schlußansprache darauf hin, daß die Beschlüsse von einer starken, aus den verschiedensten sozialen Elementen gebildeten Mehrheit gefaßt worden sind, daß aber auch die Minorität nicht grundsätzliche Bedenken gegen die Mehrheitsbeschlüsse gehabt habe, sondern nur aus sachlichen Gründen nicht so weit gehen wollte. Er dankt allen Teilnehmern für ihre Ausdauer, besonders den französischen Vertretern des Arbeitsamtes, den Vertretern der schweizer Regierung und der Stadt Zürich, und erklärt den Kongress für geschlossen.

Aus den Gerichtssälen.

Landgericht Magdeburg.

Urteil aufgehoben und freigesprochen. Der Arbeiter Heinrich Wille zu Hundsburg hatte im Februar d. J. das Ausroben von Tannen und das Zuzumachen der Baumlöcher übernommen, soll aber später seinen Mitarbeitern von den Accordlöhnen in einem Falle eine Mark, in dem zweiten Falle 1,50 Mark zu wenig ausgezahlt haben. Das Schöffengericht zu Neuhaldensleben erkannte am 6. Juli wegen Unterschlagung auf 4 Tage Gefängnis. Das Berufungsgericht hob dies Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, weil die Beweisaufnahme das Sachverhältnis im Unklaren ließ.

Verurteilung. Der Fabrikarbeiter Otto Maffner in Schönebeck bezog von einem Tischlermeister daselbst am 14. Januar d. J. einen Kinderjag für 5,30 Mark, am 22. Februar einen Kinderjag für 4,50 Mark und am 19. März einen Frauenjag für 32 Mark und schwindelte ihm vor, er werde Zahlung leisten, sobald er das Sterbekassengeld erhoben habe. Hinterher erklärte er dem Meister gelegentlich einer Mahnung nachweis, er habe kein Geld. Das Schöffengericht nahm nicht als erwiesen an, daß der Angeklagte in betrügerischer Absicht gehandelt habe und erkannte am 24. Juni auf Freisprechung. Das Berufungsgericht hob dies Urteil auf, erachtete für erwiesen, daß der Angeklagte im ersten und dritten Falle von vornherein nicht beabsichtigt habe, zu zahlen und verurteilte ihn wegen Betrugs zu 3 Wochen Gefängnis.

Beladung. Wegen Beladung einer Belastungszugmaschine in 2 Fällen wurde die verheiratete Arbeiterin Kleinbold, Friederike geb. Menck zu Sommerhausen, geboren 1861, vom Schöffengericht zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Berufungsgericht ermäßigte die Strafe auf einen Monat Gefängnis.

In der Berufung freigesprochen. Der Handelsmann Friedrich Schopf von Gracru, geboren 1847, wurde vom Schöffengericht zu Burg auf Grund der Verhandlung vom 1. Juni d. J. für überführt erachtet, gelegentlich seiner Ausübung von Hofe der Schankwirtschaft „Zum schwarzen Adler“ daselbst ein Zweijährer im Werte von 18 Mark gestohlen zu haben und dieserhalb zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Die in der Berufungsbekanntmachung wiederholte Beweisaufnahme überzeugte den Gerichtshof nicht von der Schuld des Angeklagten, weshalb unter Aufhebung des ersten Urteils seine Freisprechung erfolgte.

Schloß. Der Schreiber Valerian Kieß aus Witten war bei einem hiesigen Rechtsanwalt beschäftigt und stahl diesem, sowie der Tochter seiner Witva in 5 Fällen verschiedene Schmuck- und Luxusgegenstände. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 5 Wochen Gefängnis.

Ein böser Stammes. In der Restauration „Johanna“ auf dem Vorlande der Elbe zwischen Petri- und Jacobstörcher lagerte als Stammes der Arbeiter Emil Ungang von hier, geboren 1857. Am 27. Juli jagte er in der Bende, als ein Mann, dem im Gasthause über eingepackt war, das Salz verlor und vor ihm hin war: „Der Herr ist ein lazierer Postkammer zu verlassen“, Ungang sagte sich dadurch in seiner Ehre gekränkt, stieg hinter dem Fremden her, schlug ihn in das Gesicht, entzog ihm den Stock, zerbrach ihn, warf den Mann zu Boden und schickte ihn mit dem einen Stockende, nach Hause zu ihm die Meldung. Ungang wurde wegen Mißhandlung und Sachbeschädigung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Widerstand gegen Staatsgewalt. Der viermal bestrafte Arbeiter Albert Klauke aus Siedeburg, geboren 1867, tobte und ständlierte in der Nacht zum 15. Juli d. J. auf einer Straße in Burg beleidigte einen Nachwachmann, der ihn aufforderte ruhig zu verhalten, durch Redensarten. Als zu seiner Festnahme geschritten wurde, leistete Klauke einen Widerstand. Ihn trafen 3 Tage Haft und 2 Monate 3 Tage Gefängnis.

Wegen ein Paar Stiefel 1 1/2 Jahr Zuchthaus. Der Arbeiter Robert Hoffmann aus Welsleben geboren 1869, ein wiederholt rückfälliger Dieb, wurde am 17. April d. J. aus der Strafhaft entlassen, wo 5 Jahre 6 Monate zugebracht hatte, und fand Aufnahme bei seinem Stiefvater, der ihn bereitwillig einleitete ihm guten Arbeitsverdienst verschaffte. Statt dankbar zu sein und ein besserer Mensch zu werden, verschämte Hoffmann am 7. Mai heimlich und nahm ein Paar Stiefeln mit. Wegen dieses Diebstahls erkannte der Gerichtshof auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 3 Monate Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Sittlichkeitsverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Schullehrer Otto Kraumann zu Bependorf, geboren 1881, wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht Magdeburg.

Mißhandlung. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Arbeiter Karl Stach wegen Mißhandlung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, dagegen von der Anklage der Beleidigung freigesprochen.

Zwei Feinde. Der Fleischer Otto Alex und der Materialwarenhändler Karl Hoppe hier, sind beide Feinde. Im April 1897 gerieten sie in Streit, der Schlägerei ausartete. Hoppe bedrohte seinen Gegner mit dem Tode, während Alex einen Stock benützte. Der Urteil lautete auf je 15 Mark Geldstrafe.

Folgen der Trunksucht. Am 6. Juli 1897 wurde der Reflektenschmied Karl Scharnberg zu Sudenburg geboren 1874, die Bergstraße entlang und rumpelte irgend welche Veranlassung einen Passanten an, packte an der Kehle und warf ihn zu Boden, so daß er blutende Verwundung davontrug. Der Angeklagte schuldigt sich mit starker Angetrunkenheit. Das Urteil lautete gegen den vielfach vorbestraften Angeklagten auf 3 Monate Gefängnis.

Beamtenbeleidigung. Der Musiker Karl Wagner hier, geboren 1869, kam am frühen Morgen des 13. dieses Jahres vom Spielen und hatte stark getrunken. Er soll nun dadurch ruhstörnden Lärm verursacht haben, daß er den Gehsteifen acht- oder neunmal krachend das Straßenpflaster warf, auch urinierte er auf der Straße. Als ein Schutzmann Wagner anhält und seine Person feststellen wollte, verweigerte er die Angabe derselben. Infolgedessen wurde er nun nach dem Polizeipräsidium geführt, beleidigte aber auf dem Wege dahin den Beamten wiederholt. Der Angeklagte wurde wegen Uebertretungen mit 3 Tagen Haft, wegen der Beleidigung mit 3 Wochen Gefängnis bestraft. Dem Beleidigten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Gehörter Hansfriede. Der Handelsmann Hans Friede hier, geboren 1869, lebte mit seiner Ehefrau Louise geb. Stranz glücklich mit einer Hausgenossin in Unfrieden. Im Mai d. J. beleidigte Frau Kammer dieselbe, während ihr Chemiker die Hausgenossin mit dem Beile in der Hand bedrohte. Die Ehefrau Kammer trafen 5 Mark, den Chemiker 10 Mark Geldstrafe.

Taschendiebstahl. Die verheiratete Arbeiterin Franziska Schönekecht geb. Malinowski hier selbst arbeitete einer Konfervenfabrik, wo sie im Juni d. J. einer Mitarbeiterin aus der Tasche des an der Wand hängenden Strahkleides einen Thaler stahl. Der Gerichtshof erkannte Anbetracht der Vorstrafen auf 2 Wochen Gefängnis.

Da sollst nicht auf dem Trottoir stehen. Die unverheiratete Emma Ohle, geboren 1882, stand am 15. Juli d. J. im Gespräch mit mehreren jungen Leuten auf dem Trottoir der Jakobstraße. Sie erhielt ein Strafbefehl in Höhe von 10 Mark. Die Strafe wurde heute auf 1 Mark herabgemindert.

Gewerbegericht Magdeburg.

Der Schuhmachergeselle Sch. ist von dem Schuhmachermeister Lange ohne Kündigung entlassen worden er verlangt deshalb für vierzehn Tage 30 Mark Entschädigung. Beklagter findet die Forderung zu hoch und meint, daß der Wochenverdienst 11 bis 12 Mark durchschnittlich betragen habe; auch sei die Kündigung aus dem Willen des Arbeiters erfolgt. Beklagter wird zur Zahlung von 24 Mark verurteilt. Der Arbeiter P. verlangt von der Firma Franke 36 Mark Entschädigung, weil er ohne Kündigung entlassen ist. Da Kläger aber nach Aussage der Zeugen seine Entlassung selbst gefordert hat, wird mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Der Fleischermeister A. beantragt von dem Fleischermeister Küger 6 Mark Restlohn, außerdem, da er ohne Kündigung entlassen wurde für Kost und Logis 39 Mark Entschädigung. Der Gewand des Beklagten, Kläger habe ihm Wurstwaren vorkommen, wird nicht als ein genügender Grund zur sofortigen Entlassung angesehen. Da Beklagter sich auf eine Entlohnung von 20 Mark nicht einlassen will, wird er zur Zahlung der Gesamtforderung verurteilt.

Wasserstände.

Table with columns for date, location, and water level. Includes entries for August 29 and 30, and September 1, 1897, with locations like Magdeburg, Dresden, and Torgau.